

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Borsina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Berl.: Vereln. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expedition GmbH, Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

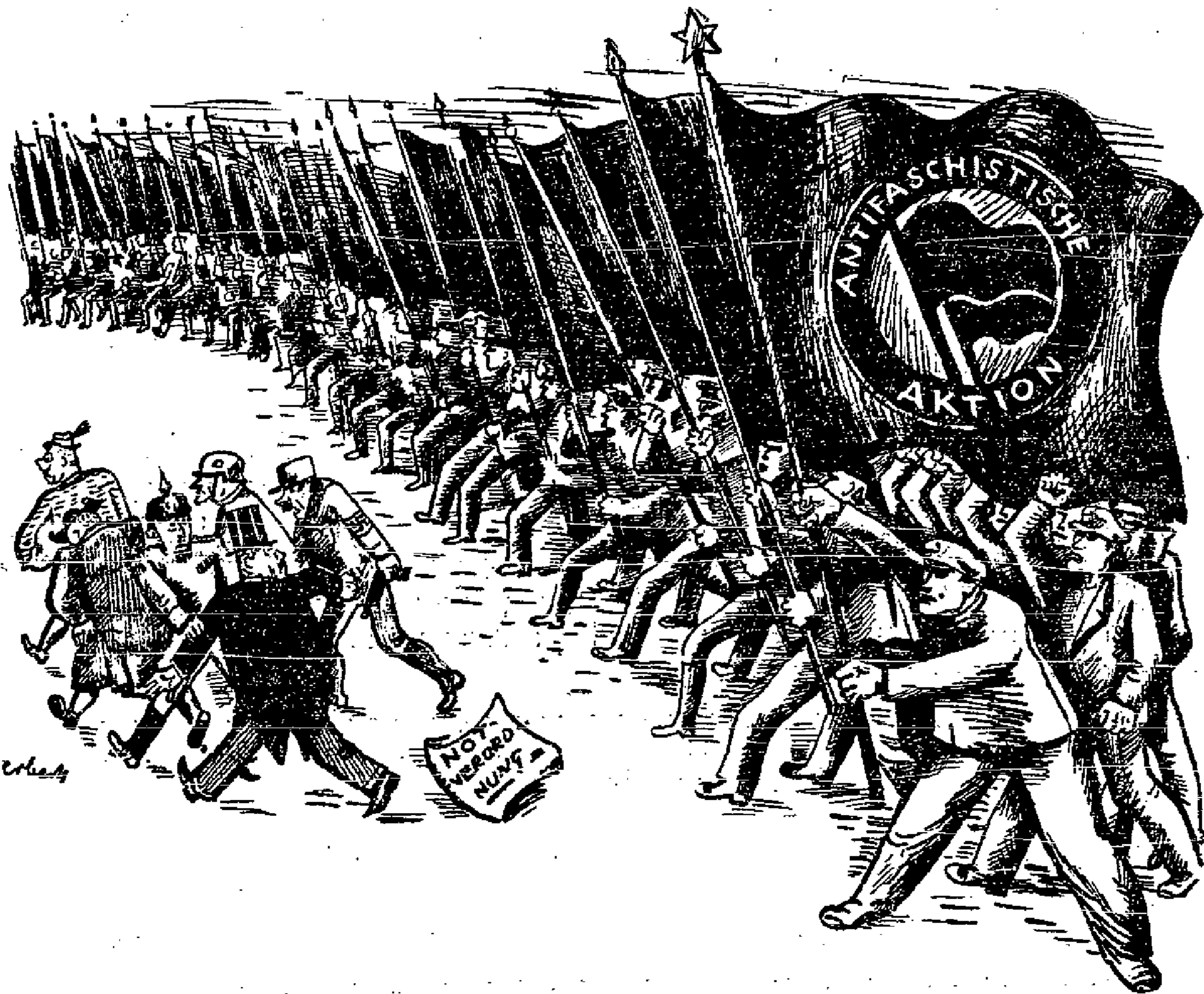
Bezugspreis vorausgehbd. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 26,00 M. in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug außschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gesp. Zeile 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienanz.: Millimeter, 20 Pf. Kleine Anz.: Zeilenvort 20 Pf., Überschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Entrollt unser Banner!

Antifaschisten! Alle, alle heute mittag 1 Uhr Lustgarten!



Severing verbietet Zentralorgan seiner eigenen Partei

SPD.-Arbeiter, ein Wort an dich!

Fürwahr, ungeheuerlich und doch selbstverständlich! Die Entscheidung des Reichsgerichts über das „Vorwärts“-Verbot, so berichtet die gestrige Presse, ist heute vormittag dem preussischen Innenminister Severing amtlich bekanntgegeben worden. Der Innenminister wird noch im Laufe des heutigen Tages der Berliner Polizeipräsidenten anweisen, den „Vorwärts“ auf fünf Tage zu verbieten.

Wenn die Hitler-Bande sich als Systemknechte der Rotverordnungsdictatur legitimiert, muß sie ihren enttäuschten SA-Kollegen einen Brocken zum Fraße vorwerfen. Hitler verbietet das Verbot des „Vorwärts“, Herr von Papen hat es angeordnet. Das republikanische Reichsgericht hat es bestätigt. Die Sozialdemokraten Severing und Grzesinski führen es durch. Einmal im Jahre 1918 verbietet die kaiserliche Generalkassette aus tatsächlichen Gründen das Zentralorgan der Durchhaltepartei. Das zweite Mal, 1920, verbietet es die kappistische Galtengeschichte. Zum dritten Mal verfällt der „Vorwärts“ der polizeilichen Anordnung durch die Severing und Grzesinski. Es ist wahrhaftig so: Sozialdemokratische Staatsfunktionäre verbieten das Zentralorgan ihrer eigenen Partei! Stellt euch vor, Arbeiter: Ein Kapitalist fordert einen von euch auf, seinen Arbeitskameraden zu verprügeln. Du würdest diesem Dickwast in die Presse hauen. Die SPD. Du wirst und belästigt von diesen Empfindungen. Sie jähren bis zur letzten Stufe der Selbsterniedrigung ihrer Partei.

Es ist nichts Ueberraschendes für uns Kommunisten. Wer den Weg des Marxismus preisgegeben hat, wer den Befreiungskampf des Proletariats abgeschworen hat, wer nur noch eine Aufgabe kennt: den bankrotten Kapitalismus mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, wer den revolutionären Umsturz dieses fluchbeladenen Systems haßt wie die Pest, ihn wegen seiner tausendfachen Verleumdung mit dem kapitalistischen System haßen muß, für diese Partei und ihre Führer gibt es keine Grenzen des Klassenverrats. Vom „Bürgerfrieden“ mit der böllermordenden Bourgeoisie des eigenen Landes über die Niedererschlagung der Revolution im Jahre 1918 mit Hilfe der blutgeduldeten Freikorps-Banden, über Koalitions- und Toleranzpolitik, über KZB-Verbot, Streikabwägung, Knechtung der kämpfenden Arbeiterschaft, bis zum „Vorwärts“-Verbot — es ist ein und dieselbe Linie der bedingungslosen Unterordnung im Interesse der Ausbeuterklasse.

Verstehen jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter, daß es nicht, wie die SPD.-Presse verkündet, die „Einheitsfrontmänner der KPD“ oder die „Beschimpfungen der SPD.-Führer durch die Kommunisten“, daß es nicht die tausend zusammengelagerten Ausflüchte der SPD.-Presse sind, die die Einheit des kämpfenden Proletariats verhindern? Ist es nach diesem „Vorwärts“-Verbot nicht klar, daß es nur und ausschließlich Koalitionsinteressen der sozialdemokratischen Führerschaft, die Interessen zur Erhaltung des bürgerlichen Regimes sind, die sie dazu peitschen, die rote kämpfende Einheit mit allen Mitteln zu verhindern? Nur darum müssen sie die Hilfe der Kampfbundkameraden abweisen und verhöhnen, die der Reichsbanner-„Vorwärts“-Bewegung zu Hilfe eilten, als faschistische Banden den „Vorwärts“ angriffen. Darum muß der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Rundschreiben an die Bezirksleitungen die Partei gebeten, jede Einheitsaktion sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter „streng zu vermeiden“. Das ganze Oppositionsmobster der SPD.-Presse gegen die Papen-Regierung, gegen die Faschisten ist nichts weiter, als ein Wahlmanöver, eine Mandatsjagd zur Fortführung der Koalitionspolitik nach den Wahlen, wie ungeachtet das von Papen angeordnete „Vorwärts“-Verbot nichts anderes ist, als eine Scheindeemonstration des „nationalen“ Kabinetts zur Beruhigung und Ablenkung der Kleinbürgerlichen, im faschistischen Lager stehenden Wähler. Es wiederholt sich dasselbe, was wir vor der Freudenwahlen erlebten, als Hindenburg die SA „verbot“, wobei die Scheinkoalition jenseits Hitler als auch den SPD.-Führern in ihrer Wahlagitierung nützte.

Das „Vorwärts“-Verbot ist nur das letzte Glied in der Kette für die gesamte Arbeiterchaft, weil hinter ihm der Generalangriff der gesamten Reaktion und ihrer Stützen gegen die Organisationen und gegen die Presse des revolutionären

„Wir demonstrieren mit euch“

Brief eines Reichsbannerfunktionärs an die „Rote Fahne“

Von einem Berliner Reichsbanner-Funktionär erhalten wir gestern den folgenden Brief:

„Im Abends-„Vorwärts“ vom 1. Juli wird berichtet von dem bevorstehenden mitteldeutschen Nazitreffen in Dessau. Der letzte Absatz dieses Artikels lautet wörtlich:

„Leider lassen die Kommunisten auch diese Angelegenheit nicht unberücksichtigt, ohne Zerspaltung in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Während die Ortskampflitung der Eisernen Front den im „Vorwärts“ bereits erwähnten Aufruf erlassen hat: „Fenster zu und Straßen leer!“, verbreiten die Kommunisten ein Flugblatt, in dem sie mit dünnen Worten zu Gewalttätigkeiten gegen die natürlich in Ueberracht anrückenden Nationalsozialisten auffordern. Bei der zahlenmäßigen Schwäche der Kommunisten in Anhalt ist nicht anzunehmen, daß diese Parole Erfolg hat. Sie sei nur registriert als ein neuer Beweis dafür, wie wenig ernst es den Kommunisten mit einer wirklichen Einheitsfront der Arbeiterschaft ist.“

Ich bin heute noch Mitglied der SPD. und in diesem Artikel erblicke ich das schändlichste an Arbeiterverrat und Auslieferung der Arbeiter an die Faschisten. Hier ist jedes Wort Arbeiterverrat.

Den Nazis wird vorraus ein Mißbi geschaffen, indem jetzt schon die Kommunisten als Angreifer denunziert werden.

Der Untertitel dieses Artikels lautet: „Neuanfrage des Blutsonntags in Braunschweig“

Gut, daß der „Abend“ an Braunschweig erinnert! Aber in Braunschweig ist das Faschistengesindel die Einheitsfront von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zurückgeschlagen worden. Zu Hunderten fallen unsere Kameraden durch den Mordterror der braunen Pest

und unsere Jungen haben nur vor einem Angst: vor dem einheitlichen Kampf der Arbeiterschaft gegen diese Mordpest.

Nach alledem ist es nur selbstverständlich, daß ich mit meinen Kameraden am Sonntag mit den Kommunisten demonstrieren im Zeichen der wirklichen Einheitsfront gegen den Faschismus. — Freiheit! F.M.“

Dieser Aufforderung des Reichsbannerfunktionärs müssen alle antifaschistischen Arbeiter von der SPD., dem Reichsbanner und dem ADGB Folge leisten. Wir richten unseren Appell an alle Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners, die zu dieser antifaschistischen Aktion bereit sind, und fordern sie auf, in ihren Mitglieder-versammlungen zur antifaschistischen Aktion Stellung zu nehmen und ihre Delegierten zum antifaschistischen Kampfkongress am 10. Juli in Berlin zu wählen. Es lebe der gemeinsame antifaschistische Massenkampf und Massenstreik aller Arbeiter!

SPD.-Arbeiter, heute mit uns zum Lustgarten!

Wieder zwei Genossen ermordet!

Hamburg, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Mitgliederversammlung der SPD.-Ortsgruppe Krempeel in Dittmarschen wurden die heimkehrenden Kundener Genossen plötzlich von 300 Nazis mit einem Kugelregen überhagelt. Genosse Trahm wurde durch Handstreich getötet, die Genossen Blesch und Kzaeh erlittene Arms- und Fußwunden.

In Berlin wurde ein Genosse ermordet (siehe Seite 2).